

Zielabweichungsantrag der Stadt Alsfeld, Erörterungstermin zu landwirtschaftlichen Belangen

Ort/Datum/Zeit: Rathaus Alsfeld, Stadtgebiet/ 26.09.2013/ 9.00 Uhr bis 11.45 Uhr (Integrierte Ortsbesichtigung von 10.00 Uhr bis 11.10 Uhr)

Teilnehmer: Frau te Molder, Herr Bürgermeister Paule, Frau Kauer, Herr Meisinger, Herr Rausch, Herr Diehl, Herr Eifert, Herr Schultheis

Herr Bürgermeister Paule begrüßt die Gesprächsteilnehmer und stellt einleitend die wirtschaftliche Ausgangssituation in Alsfeld dar. Herr Diehl stellt die Elemente der Alsfelder Gewerbestandortanalyse vor. In unmittelbarer Nähe des Autobahnanschlusses Alsfeld-Ost an der B 62 soll eine relativ ebene Gewerbefläche mit ca. 44 ha ausgewiesen werden, deren Erschließung bedarfsgerecht in mehreren Abschnitten erfolgen könnte. Mit einem solchen Angebot würde die Stadt Alsfeld zukunftsfähig aufgestellt, denn sie könnte große und auch imitierende Betriebe in der neuen Fläche an der B 62 künftig ansiedeln. Derartige Flächen stehen derzeit im gesamten Stadtgebiet überhaupt noch nicht zur Verfügung.

Mit der vorgesehenen inneren Erschließung im Gewerbegebiet „Dirsröder Feld“ stehen dort kleinere Grundstücke zur Verfügung (bis max. 5.000 m²), in der als nächstes zu erschließenden „Unteren Elpersweide“ werden aufgrund des Gefälles Grundstücke > 5.000 bis max. ca. 20.000 m² zur Verfügung stehen. Die ausgewiesenen Flächen in der Obersten Elpersweide sind bis auf eine Restfläche von 12.000 m² bereits vermarktet.

Frau Kauer berichtet, dass man aktuell 2 Anfragen nach Logistikflächen über 16 ha und 35 ha nicht bedienen können. Die Entscheidungen der Investoren, die namentlich nicht genannt werden wollen, sind zwar noch nicht abschließend getroffen, aber es ist fraglich, ob die Investoren auf die Flächenausweisung und Erschließung einer neuen in Alsfeld, für die Vorgespräche unmittelbar nach der ersten Anfrage im Januar beim RP geführt wurden, warten werde.

Herr Rausch und Herr Meisinger bezeichnen den Bereich O als Filetstandort für die Landwirtschaft und äußern Bedenken, dass die gewerbliche Entwicklung auf diese Flächen übergreift. Herr Diehl entgegnet, dass hierzu aktuell keine Notwendigkeit bestehe und erst die große Fläche I gefüllt sein müsse bevor weitere Entwicklungen einsetzen könnten. Die Fläche O ist als „landwirtschaftliches Vorranggebiet“ zudem deutlich stärker in der Regionalplanung verankert als die Fläche I (größtenteils „Vorbehaltsgebiet“). Herr Bürgermeister Paule ergänzt, dass auch mögliche, in die Fläche O ragende Windkraftstandorte eine gewerbliche Entwicklung dort deutlich erschweren würden.

Herr Eifert ergänzt, dass der Grunderwerb grundsätzlich an allen Stellen eine Herausforderung sei. Die Eigentumsverhältnisse der beiden Betriebe Georg und Stroh/Schneider im Bereich der Fläche I stuft Herr Eifert als „günstig“ ein, da sich diese Flächen vorwiegend am südöstlichen Rand (Georg) und in der Mitte (Stroh/Schneider) des Gebietes befänden. Einer aus westlicher Richtung beginnenden, stufenweisen Erschließung käme diese Ausgangssituation entgegen.

In der Zeit von 10.10 Uhr bis 11.10 Uhr erfolgte die Ortsbesichtigung der fraglichen Flächen des Zielabweichungsantrags sowie vorhandener und möglicher neuer Gewerbestandorte im Stadtgebiet. Bei der Besichtigung der Flächen, die aus dem Regionalen Raumordnungsplan herausgenommen werden sollen, wurde deren Nichteignung von allen Beteiligten festgestellt. Zudem wurde auch der von Herrn Rausch angesprochene Bereich um die Anschlussstelle Alsfeld West in Augenschein genommen, die

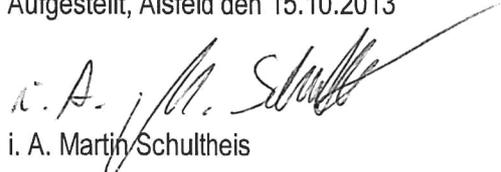
jedoch aufgrund der Entfernung zur Autobahn, der gegebenen schwierigen Topographie sowie aus Gründen des Landschaftsschutzes und der immensen Erschließungsaufwendungen als nicht geeignet angesehen wurden. Anschließend wurde die Diskussion im Rathaus wieder aufgenommen

Herr Meisinger fordert eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema Agrarstruktur etwa in Form einer entsprechenden agrarstrukturellen Bewertung im Rahmen des Zielabweichungsantrages. Parallel müssten weiterhin Gespräche gesucht werden. Positiv beeindruckt zeigt er sich von der optisch erkennbaren Qualität der Böden im Bereich der Tauschflächen. Gleichwohl sieht er die Gefahr, das Vorhaben der Stadt Alsfeld könnte zum Thema im Landesagrarausschuss werden und rät daher zu weiterer Abstimmung mit den betroffenen landwirtschaftlichen Großbetrieben.

Weitere Vorgehensweise:

- Zur Beurteilung der tatsächlichen Betroffenheiten und einer etwaigen „landwirtschaftsfreundlichen Etappenerschliessung“ der Fläche I vereinbaren die Gesprächsteilnehmer eine agrarstrukturelle Bewertung, die dem Zielabweichungsantrag beigefügt werden soll.
- Vereinbart werden soll in diesem Zusammenhang ein weiterer Gesprächstermin zwischen Herrn Rausch, Herrn Meisinger, der Stadt Alsfeld, den betroffenen Landwirten und führenden Vertretern des Kreisbauernverbandes (Hr. Wiegel und/oder Herr Klüter) um Lösungen zu verfolgen. Terminlich wurde zunächst der 8. Oktober 2013 (16 Uhr) festgehalten.
- Die Stadt Alsfeld ist sich des Konfliktes zwischen den Nutzungen von Flächen durch Gewerbebetriebe und durch landwirtschaftliche Betriebe sehr bewusst. Aus diesem Grund werden nicht nur in gleicher Höhe Flächen in der Ausweisung als Ausgleich angeboten, auch bei den Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft werde man den Flächenverbrauch minimal halten und landwirtschaftliche Flächen nicht beanspruchen.

Aufgestellt, Alsfeld den 15.10.2013


i. A. Martin Schultheis